

09.09.2020 - 06:00 Uhr

IEP: Mehr als eine Milliarde Menschen laufen Gefahr, bis 2050 aufgrund von Umweltveränderungen, Konflikten und Bürgerunruhen vertrieben zu werden

London (ots/PRNewswire) -

Heute wird das erste Ecological Threat Register (ETR, Verzeichnis ökologischer Bedrohungen) eröffnet, das die ökologischen Bedrohungen misst, denen die Länder derzeit ausgesetzt sind und Prognosen bis 2050 erstellt. Der Bericht verbindet auf einzigartige Weise Messungen der Widerstandsfähigkeit mit den umfassendsten verfügbaren ökologischen Daten, um Licht auf die Länder zu werfen, die am wenigsten für die Bewältigung ökologischer Extremereignisse gewappnet sind. Der Bericht wird von dem führenden internationalen Think Tank [Institute for Economics & Peace \(IEP\)](#) herausgegeben, der Indizes wie den Global Peace Index und den Global Terrorism Index erstellt.

Die wichtigsten Ergebnisse

- Die 19 Länder, die den meisten ökologischen Bedrohungen ausgesetzt sind, gehören zu den 40 am wenigsten friedlichen Ländern der Welt, darunter Afghanistan, Syrien, Irak, Tschad, Indien und Pakistan.
- Über eine Milliarde Menschen leben in 31 Ländern, deren Widerstandsfähigkeit bis 2050 wahrscheinlich nicht ausreicht, um den Auswirkungen ökologischer Extremereignisse standzuhalten, was zu einer massiven Bevölkerungsvertreibung beiträgt.
- Subsahara-Afrika, Südasien, der Nahe Osten und Nordafrika sind die Regionen, die den meisten ökologischen Bedrohungen ausgesetzt sind.
- Bis 2040 werden insgesamt 5,4 Milliarden Menschen - mehr als die Hälfte der voraussichtlichen Weltbevölkerung - in 59 Ländern leben, die hohe oder extreme Wasserknappheit aufweisen, darunter Indien und China.
- Bis 2050 könnten 3,5 Milliarden Menschen an Ernährungsunsicherheit leiden; was einen Anstieg von 1,5 Milliarden Menschen gegenüber heute darstellt.
- Der Mangel an Widerstandsfähigkeit in den vom ETR erfassten Ländern wird Ernährungsunsicherheit, Kampf um Ressourcen und zivile Unruhen verschärfen, Massenvertreibungen bewirken und die Industrieländer einem verstärkten Zustrom von Flüchtlingen aussetzen.

Das ETR analysiert Risiken durch Bevölkerungswachstum, Wasserknappheit, Ernährungsunsicherheit, Dürren, Überschwemmungen, Wirbelstürme, steigende Temperaturen und Meeresspiegel. Laut Bericht werden bis 2050 141 Länder in den nächsten 30 Jahren mindestens einer ökologischen Bedrohung ausgesetzt sein. Die 19 Länder mit den meisten Bedrohungen haben eine Bevölkerung von insgesamt 2,1 Milliarden Menschen, was etwa 25 Prozent der Weltbevölkerung entspricht.

Das Verzeichnis analysiert den Grad der internen gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit der Länder, um zu ermitteln, ob sie über die notwendigen Kapazitäten verfügen, um zukünftige ökologische Extremereignisse zu bewältigen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass mehr als eine Milliarde Menschen in Ländern leben, die wahrscheinlich nicht fähig sein werden, neue ökologische Bedrohungen abzuwehren und sich daran anzupassen, wodurch bis 2050 Voraussetzungen für Massenvertreibungen geschaffen werden.

Pakistan ist das Land mit der größten Zahl von Menschen, die von Massenvertreibungen bedroht sind, gefolgt von Äthiopien und dem Iran. In Mittelamerika ist Haiti das Land, das den größten Bedrohungen ausgesetzt ist. In diesen Ländern könnten selbst geringere ökologische Bedrohungen und Naturkatastrophen zu Massenvertreibungen führen, die die regionale und globale Sicherheit erschüttern können.

Regionen mit hoher Widerstandsfähigkeit wie Europa und Nordamerika sind gegen die weiterreichenden Auswirkungen ökologischer Bedrohungen, wie z.B. einer erheblichen Anzahl von Flüchtlingen, nicht gefeit. Die durch Kriege in Syrien und im Irak ausgelöste europäische Flüchtlingskrise von 2015 führte zur Flucht von zwei Millionen Menschen nach Europa und verdeutlicht den Zusammenhang zwischen raschen Bevölkerungsverschiebungen, politischen Turbulenzen und sozialen Unruhen.

Europa, die USA und andere Industrieländer sind jedoch weniger ökologischen Bedrohungen ausgesetzt und verfügen zudem über eine höhere Widerstandsfähigkeit, um mit diesen Risiken umzugehen. Zu den Industrieländern, die keinen Bedrohungen ausgesetzt sind, gehören Schweden, Norwegen, Irland und Island. Insgesamt 16 Länder sind keinen Bedrohungen ausgesetzt.

Steve Killelea, Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des [Institute for Economics and Peace](#), sagte:

"Ökologische Bedrohungen und der Klimawandel stellen ernsthafte Herausforderungen für den globalen Frieden dar. Ohne unmittelbare internationale Zusammenarbeit wird in den nächsten 30 Jahren der mangelnde Zugang zu Nahrung und Wasser nur zunehmen. Wenn nichts unternommen wird, wird es höchstwahrscheinlich zu einer Zunahme von bürgerlichen Unruhen, Aufruhr und Konflikten kommen. COVID-19 lässt bereits Lücken in der globalen Nahrungsmittelkette erkennen."

Viele der am stärksten von ökologischen Bedrohungen betroffenen Länder wie Nigeria, Angola, Burkina Faso und Uganda werden voraussichtlich auch ein erhebliches Bevölkerungswachstum verzeichnen. Diese Länder haben schon jetzt Mühe, ökologische

Probleme anzugehen. Sie leiden bereits unter Ressourcenknappheit, geringer Friedfertigkeit und hoher Armut.

Steve Killelea bemerkte:

"Dies wird enorme soziale und politische Auswirkungen nach sich ziehen, und das nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industrieländern, da Massenverreibungen zu größeren Flüchtlingsströmen in die am meisten entwickelten Länder führen werden. Umweltveränderungen sind die nächste große globale Bedrohung für unseren Planeten und das Leben der Menschen, und wir müssen Wirtschaft und Staat optimal zum Einsatz bringen, um die Widerstandsfähigkeit der am stärksten gefährdeten Orte zu stärken."

Ernährungsunsicherheit

Bis 2050 wird die weltweite Nachfrage nach Nahrungsmitteln voraussichtlich um 50 Prozent steigen, was bedeutet, dass ohne eine wesentliche Erhöhung des Angebots viel mehr Menschen vom Hunger bedroht sein werden. Derzeit haben weltweit mehr als zwei Milliarden Menschen keinen sicheren Zugang zu ausreichender Nahrung. Es wird erwartet, dass diese Zahl bis 2050 auf 3,5 Milliarden Menschen ansteigen wird, was sich wahrscheinlich auf die globale Widerstandsfähigkeit niederschlagen wird.

Die fünf Länder mit der größten Ernährungsunsicherheit sind Sierra Leone, Liberia, Niger, Malawi und Lesotho, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung keinen sicheren Zugang zu für die Gesundheit ausreichender Nahrung hat. COVID-19 hat die Ernährungsunsicherheit noch verschärft und zu erheblichen Preissteigerungen geführt, was die potenzielle Volatilität verdeutlicht, die durch künftige Umweltveränderungen verursacht werden kann.

In Ländern mit hohem Einkommen ist mit 2,7 Prozent die Prävalenz der Unterernährung weiterhin hoch, d.h. jeder 37ste Mensch verfügt nicht über ausreichende Nahrung, um seine normale Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Unterernährung in Industrieländern ist ein Nebenprodukt der Armut; Kolumbien, die Slowakei und Mexiko weisen die höchsten Unterernährungsraten unter den OECD-Ländern auf.

Wasserknappheit

In den letzten zehn Jahren ist weltweit die Zahl der erfassten wasserbezogenen Konflikte und gewalttätigen Zwischenfälle um 270 Prozent gestiegen. Seit dem Jahr 2000 haben sich die meisten Zwischenfälle im Jemen und im Irak ereignet, was die Wechselwirkung zwischen extremer Wasserknappheit, Widerstandsfähigkeit und Friedfertigkeit verdeutlicht, da sie gemessen am Global Peace Index (Weltfriedensindex) 2020 zu den am wenigsten friedlichen Ländern zählen.

Heute leiden 2,6 Milliarden Menschen unter hoher oder extremer Wasserknappheit - bis 2040 wird diese Zahl auf 5,4 Milliarden ansteigen. Die meisten dieser Länder befinden sich in Südasien, im Nahen Osten, in Nordafrika (MENA), in Südwesteuropa und im asiatisch-pazifischen Raum. Einige der am stärksten betroffenen Länder werden bis 2040 der Libanon, Singapur, Israel und der Irak sowie wahrscheinlich China und Indien sein. Angesichts der in der Vergangenheit beobachteten Zunahme wasserbedingter Konflikte wird dies voraussichtlich zu weiteren Spannungen führen und die globale Widerstandsfähigkeit beeinträchtigen.

Naturkatastrophen

Klimaveränderungen, insbesondere die Erwärmung der globalen Temperaturen, erhöhen die Wahrscheinlichkeit von wetterbedingten Naturkatastrophen wie Dürren sowie heftigeren Stürmen und niederschlagsreicheren Monsunen. Wenn Naturkatastrophen im selben Umfang wie in den letzten Jahrzehnten auftreten, könnten bis 2050 weltweit 1,2 Milliarden Menschen vertrieben werden. Der asiatisch-pazifische Raum hat mit über 581.000 Toten seit 1990 die meisten Todesopfer durch Naturkatastrophen zu beklagen. Mit über 319.000 Toten haben Erdbeben in der Region die meisten Todesopfer gefordert, gefolgt von Stürmen mit 191.000 Todesopfern.

Seit 1990 sind Überschwemmungen die häufigste Naturkatastrophe, auf die 42 Prozent der registrierten Naturkatastrophen entfallen. Die größte Katastrophe in China waren die Überschwemmungen und Erdbeben im Jahr 2010, die zu 15,2 Millionen Vertriebenen führten. Auch in Europa sind Überschwemmungen die häufigste Naturkatastrophe, auf die 35 Prozent der registrierten Katastrophen in der Region entfallen, und es wird erwartet, dass sie weiterhin zunehmen werden.

19 vom ETR erfasste Länder sind vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht, welcher mindestens 10 Prozent der Bevölkerung jedes Landes betreffen könnte. Dies wird in den nächsten drei Jahrzehnten erhebliche Folgen für tief gelegene Küstengebiete in China, Bangladesch, Indien, Vietnam, Indonesien und Thailand haben - ebenso wie für bevölkerungsreiche Städte wie Alexandria in Ägypten, Den Haag in den Niederlanden und Osaka in Japan.

Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe kann als Mechanismus in Entwicklungsländern zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber ökologischen Extremereignissen wie Dürren, Wasserknappheit und Ernährungsunsicherheit eingesetzt werden. Die klimabezogene Hilfe ist von einer Milliarde US-Dollar im Jahr 2000 auf 34 Milliarden US-Dollar im Jahr 2018 um das 34-fache gestiegen und wird hauptsächlich in Subsahara-Afrika, in Südasien und im asiatisch-pazifischen Raum eingesetzt. Indien erhielt 2018 mit 6,5 Milliarden US-Dollar den größten Betrag an klimabezogener Hilfe. Obwohl diese Erhöhungen beträchtlich sind, reichen sie bei weitem nicht aus, um diese Probleme in Zukunft zu bewältigen.

Weitere Informationen finden Sie unter economicsandpeace.org.

ANMERKUNGEN FÜR REDAKTEURE

Der ETR-Bericht, Artikel und interaktive Karten sind verfügbar unter unterschiedvonhumanity.org

Über das Ecological Threat Register (ETR):

Dies ist die erste Ausgabe des Verzeichnisses ökologischer Bedrohungen (ETR), das 157 unabhängige Staaten und Territorien umfasst. Das ETR zeichnet sich dadurch aus, dass es Messungen der Widerstandsfähigkeit mit den umfassendsten verfügbaren Umweltdaten kombiniert, um Licht auf die Länder zu werfen, die heute und in der Zukunft am wenigsten für die Bewältigung ökologischer Extremereignisse gewappnet sind.

Methodik

Das ETR umfasst die neuesten und renommiertesten wissenschaftlichen Forschungsarbeiten über Bevölkerungswachstum, Wasserknappheit, Ernährungsunsicherheit, Dürren, Überschwemmungen, Wirbelstürme sowie steigende Temperaturen und Meeresspiegel. Darüber hinaus nutzt der Bericht das Positive Peace-Rahmenwerk des Institute for Economics and Peace, um Gebiete zu identifizieren, deren die Widerstandsfähigkeit wahrscheinlich nicht ausreichen wird, um sich anzupassen oder mit diesen zukünftigen Extremereignissen fertig zu werden. Der Bericht stützt sich auf eine Vielzahl von Datenquellen, darunter World Resources International, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Vereinten Nationen und das Institute Economics and Peace.

Das Institute for Economics and Peace

Das IEP ist ein internationaler und unabhängiger Think Tank, der sich dafür einsetzt, das Augenmerk der Welt auf den Frieden als positives, erreichbares und greifbares Maß für menschliches Wohlergehen und Fortschritt zu richten. Es hat Büros in Sydney, Brüssel, New York, Den Haag, Mexiko City und Harare.

Logo - <https://mma.prnewswire.com/media/792052/IEP-Logo.jpg>

Pressekontakt:

Hill+Knowlton Strategies

+44(0)7834-587675

+44(0)7393-244275

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100057073/100855113> abgerufen werden.